



125 Jahre

1890 - 2015

DPVKOM

Die Kommunikationsgewerkschaft



Bonn, Juni 2015

Herausgeber:

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) • Schaumburg-Lippe-Str. 5 • 53113 Bonn
Telefon: 0228 911400 • Fax: 0228 91140-98 • E-Mail: info@dpvkom.de • Internet: www.dpvkom.de

Verantwortlich für den Inhalt: Maik Brandenburger

Gestaltung: Ute Bott

Fotos: DPVKOM

Druck: Mit freundlicher Unterstützung der SIGNAL IDUNA Gruppe

Inhalt

Vorwort.....	5
I. 6. Juni 1890 – der Geburtstag der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM).....	7
II. Entwicklung und Ausbau des Verbandes zwischen 1900 und 1918.....	13
III. Der Verband in der Weimarer Republik bis zur Zwangsauflösung 1933.....	17
IV. Die Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg.....	21
V. Die 50er Jahre: Erfolgreiche Weiterentwicklung des Deutschen Postverbandes.....	25
VI. Die 60er Jahre: DPV schließt zahlreiche Tarifverträge ab und erzielt Einkommensverbesserungen.....	29
VII. Die 70er Jahre: DPV begleitet strukturellen Wandel bei der Deutschen Bundespost.....	33
VIII. Die 80er Jahre: Kampf gegen die Privatisierung.....	37
IX. Die 90er Jahre: Aus DPV wird DPVKOM.....	41
X. Die Jahre 2000 bis 2015: DPVKOM setzt sich für Mindestlöhne und mehr Wertschätzung ein.....	47
XI. Fazit und Ausblick.....	55

Volker Geyer
Bundesvorsitzender seit 2007



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

125 Jahre alt und doch so jung geblieben – das trifft auf unsere DPVKOM ohne Zweifel zu.

Am 6. Juni 1890 versammelten sich mutige Menschen in Berlin, um unsere Gewerkschaft zu gründen. Mit dem Verband Deutscher Postassistenten etablierten sie die erste Gewerkschaft bei der damaligen Deutschen Reichspost. Mutig waren unsere Gründungsväter deshalb, weil damals Gewerkschaften und ihre Mitglieder vom Dienstherrn geächtet, bedroht und verfolgt wurden. Unsere Gründungsväter haben sich aber nicht beirren lassen. Sie wussten wie wichtig es ist, standhaft zu sein und Werte, Ideale sowie Ziele zu haben. Ihnen war bewusst, dass nur derjenige etwas verändern kann, der Missstände beim Namen nennt, nicht nachlässt und – vor allem – kämpft! Dieser Kampf hat sich gelohnt. Er war wichtig für eine humanere Arbeitswelt. Denn wie sähe die Arbeitswelt heute aus, wenn es keine Gewerkschaften gäbe?

In 125 Jahren hat unsere Gewerkschaft viel erlebt und durchgestanden: zwei Weltkriege, Weltwirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit, Gewerkschaftsverbot, den Wiederaufbau Deutschlands, die Wiedervereinigung und die Privatisierung der Deutschen Bundespost. Dabei hat uns eines

bei allen Krisen und Veränderungen immer wieder geeint: die Kraft aufzustehen und weiterzumachen – auch in schweren Zeiten. An dieser Stelle gilt es, den vielen engagierten und mutigen Frauen und Männern in der DPVKOM einmal Danke zu sagen. Sie haben den Erfolg unserer Gewerkschaft durch ihren unermüdlichen persönlichen Einsatz erst ermöglicht.

Obwohl wir auf eine mittlerweile 125-jährige Tradition zurückblicken können, ist unsere DPVKOM nach wie vor jung geblieben; jung im Denken, kraftvoll und frisch im Handeln. Uns waren Ideologien immer fremd. Für uns stehen die Sorgen, Nöte, Wünsche und Fragen unserer Mitglieder im Mittelpunkt. So war es in den letzten 125 Jahren und ich bin mir sicher, dass das auch in Zukunft so sein wird. Wir werden weiterhin kraftvoll für die Rechte unserer Mitglieder streiten und kämpfen. Voller Tatendrang werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen angehen und dabei stets auf die Solidarität und den Zusammenhalt unserer Mitglieder bauen. In diesem Sinne wünsche ich unserer DPVKOM eine gute und erfolgreiche Zukunft.

DPVKOM – das sind wir!



Der Gründungssaal in Friedrichshain.

I.

6. Juni 1890 – der Geburtstag der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

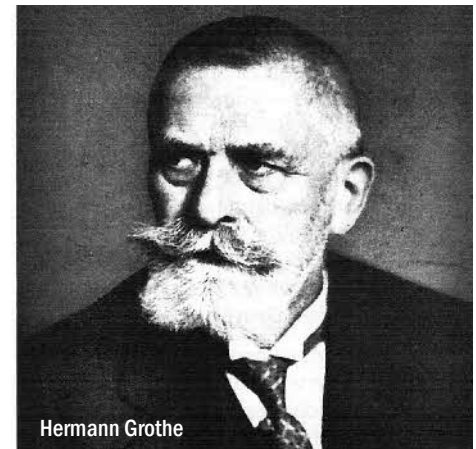
Die Vorgeschichte der Gründung

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts gab es erste zaghafte Versuche, Vereinigungen der Postbeamten zu bilden. Dabei war zunächst an einen Zusammenschluss auf geselliger und kollegialer Basis gedacht. Erst die Personalreform des damaligen Generalpostmeisters Stephan im Jahr 1871 führte dazu, über den Aufbau einer schlagkräftigen und gewerkschaftliche Ziele verfolgenden Organisation nachzudenken. Diese Reform der Personalordnung der Deutschen Reichspost hatte weitreichende negative Folgen für Teile des Postpersonals. Insbeson-

dere die Postassistenten, die bei hoher Arbeitsleistung mit ihren Familien in völlig unzumutbaren Verhältnissen lebten, wurden durch die Reform stark benachteiligt.

Im Jahre 1887 gab es dann erste Anzeichen, im Wege des Zusammenschlusses eine Besserung der bestehenden Verhältnisse zu erzielen. Dabei fanden sich trotz der Gefahr disziplinarischer Maßnahmen und persönlicher Nachteile entschlossene Männer, die sich für die Verbesserung der Situation der Beamten einsetzten. Zu diesen Männern zählte auch der 1860 in Halle an der Saale geborene

Hermann Grothe. Hermann Grothe war in Magdeburg als Postassistent beschäftigt.



Dort gründete er 1887 einen geselligen Verein der Magdeburger Postassistenten mit dem Namen „Für uns“. Hier debattierte Grothe mit Gleichgesinnten über Verbesserungen für die Laufbahn der Postassistenten, über die Möglichkeit, wirtschaftliche Verbesserungen durch Selbsthilfeeinrichtungen zu schaffen und berichtete in der Presse über die Situation der Postassistenten. Der Magdeburger Oberpostdirektion blieben die Aktivitäten von Hermann Grothe natürlich nicht verborgen. Durch eine Strafversetzung Grothes nach Oberhausen im Oktober 1888 wollte sie diesem Treiben ein Ende bereiten. Ein halbes Jahr später wurde Grothe dann in Solingen mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist angestellt. Ein Jahr darauf folgte die nächste Abordnung, und zwar nach Kaldenkirchen an die holländische Grenze. Grothe warb jedoch auch an seinen neuen Dienstorten unbeirrt für seine Ideen. Auch in Berlin waren in der Zwischenzeit die Vorbe-

reitungen zu einer Verbandsgründung vorangeschritten. Dort forderte ein junger, engagierter und mutiger Postassistent namens Kotzer, die Idee einer Verbandsgründung der Postassistenten endlich zu verwirklichen. Hermann Grothe hatte hierzu bereits eine Verbandssatzung ausgearbeitet.

Die Gründung des Verbandes Deutscher Postassistenten

Am 6. Juni 1890 war es dann soweit – im Saal der Brauerei Friedrichshain in Berlin gründeten etwa 1.200 Postassistenten den Verband Deutscher Postassistenten. Dies war der Geburtstag der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM).

Zu dieser Gründungsversammlung war auch Hermann Grothe eingeladen. Er ging in seiner Grundsatzrede unter anderem auf die Ziele des Verbandes ein, die zunächst einmal wirtschaftlicher Art waren. So wies

BERLIN, 28. Mai 1890.

Die Herren Collegen des Berliner Bezirks (Postgehülfen, Post-(Telegraphen-) Assistenten, Ober-Post-(Telegraphen-)Assistenten, Bureauassistenten und Postverwalter) werden hierdurch zu der am

Freitag, den 6. Juni, Abends 9 Uhr
im Saale der
Brauerei Friedrichshain (am Königsthor)
stattfindenden

General-Versammlung

behufs Gründung des

„Verbandes Deutscher Post-Assistenten“

ergebenst eingeladen.

TAGES-ORDNUNG:

1. Ausführliche Klarlegung der Ziele des Verbandes.
2. Genehmigung der bereits bekannten Verbands-Satzungen.
3. Wahl des Berliner Bezirks-Vereins bzw. provisorischen Verbands-Vorstandes.

Es wird noch ergebenst bemerkt, dass mehrere auswärtige Collegen ihr Erscheinen bestimmt zugesagt haben.

Der Berliner Ausschuss
zur Gründung des Verbandes deutscher Postassistenten.

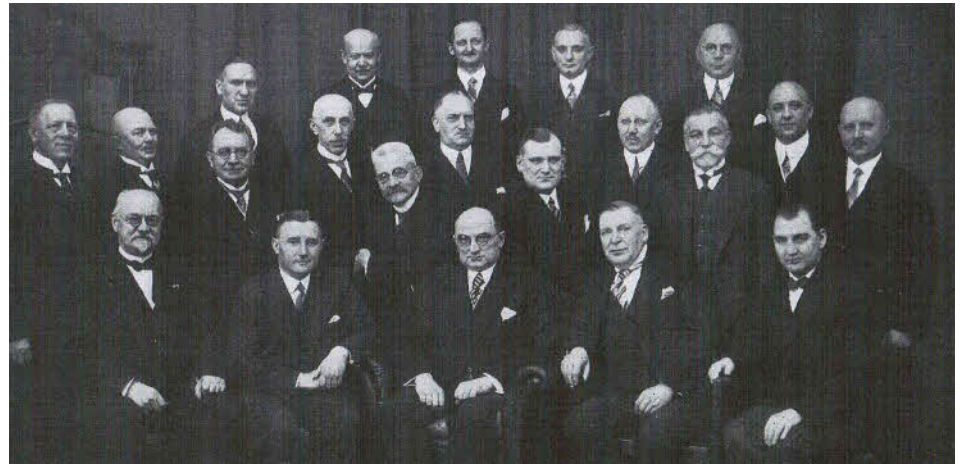
Bailhausen, Boxheimer, Darr, Funk, Haffke, Heusing,
Kluge, Koblitz, Leder, P. Lehmann,
F. Meyer, G. Meyer, R. Meyer, Pingel, Rostin, Rudolph,
Sach, Sens, Sohn, Stephan,

Die Einladung zur Gründungsversammlung am 6. Juni 1890.

Grothe insbesondere auf die Erforderlichkeit einer Unterstützungskasse und den Abschluss von Verträgen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für die Mitglieder hin. Darüber hinaus strebe der Verband die Ehrenrettung des Standes und wolle diesem die Möglichkeit geben, seine Stimme zu erheben, um die berechtigten Wünsche zum Ausdruck zu bringen.



Ferdinand Funk



Verbandstagsvorsitz und Mitglieder des Vorstandes sowie Mitarbeiter der Verbandsverwaltungsstelle mit dem ersten Vorsitzenden Ferdinand Funk (zweite Reihe 3. von rechts).

Nachdem die von Grothe entworfene Satzung angenommen wurde, stand die Vorstandswahl auf der Tagesordnung. Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Postassistenten wurde Ferdinand Funk gewählt. Dieser hatte sich im Vorfeld ebenfalls vehement für die Verbandsgründung eingesetzt.

Die ersten Jahre nach der Gründung

Der neue Vorstand begann mit großem Elan den organisatorischen Aufbau des Verbandes. Er startete Aktionen zur Mitgliedergewinnung – bis März 1891 waren dem Verband rund 3.000 von insgesamt 25.000 Postassis-

tenten beigetreten – und legte auch eine „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Postassistenten“ auf. Die erste Ausgabe zum 1. Juli 1890 wurde mit einer Auflage von mehr als 11.000 Stück im Reichsgebiet versandt. Trotz Einschüchterungen, Maßregelungen, Versetzungen und menschenverachtender Eingriffe in die persönlichen und familiären Verhältnisse der gewählten Verbandsvertreter seitens der Obrigkeit unter Generalpostmeister Stephan war die Verbandsentwicklung positiv. Es wurden neue Bezirks- und Ortsvereine gegründet, eine Geschäftsstelle eingerichtet und die Mitgliederwerbung intensiviert. Dem Verband gelang es, die Probleme der Postassistenten in die öffentliche Diskussion zu bringen. Eine Entspannung zwischen dem Verband und der Postverwaltung trat erst mit dem Tod Stephans im Jahre 1897 ein. Nach einem Friedensschluss mit Stephans Nachfolger von Podbielski 1899 konnte der Verband ohne Eingriffe

des Dienstherrn arbeiten. Die Organisationsstärke des Verbandes, seine Stellung in Politik und Gesellschaft und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit hatten dazu geführt, dass die Postverwaltung Forderungen des Postassistentenstandes in Laufbahnfragen erfüllen musste.



Bereits 1890 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift des Verbandes Deutscher Postassistenten mit einer Auflage von mehr als 11.000 Stück.



In der Brauerei Friedrichshain wurde 1890 der Verband Deutscher Postassistenten gegründet.

Deutsche Postzeitung

Organ des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten

Das Wort sei frei, das Herz frei Einig und gleich, treu Kaiser und Reich

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Winters in Berlin-Grödenau. — Verlag: Deutscher Postverband, Verlagsanstalt, Spar- und Depositenkasse G. m. b. H. in Berlin NO. 18, Große Frankfurter Straße 53. — Erscheint jeden Sonntag. — Bezug: Durch die Post oder den Buchhandel. — Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M., einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigen: Die vierteljährliche Normalzeile 50 Pf.; erste Seite 1 M., letzte Seite und bei Platzbestimmung 75 Pf. Für Familienanzeigen und für Nachrufe, die von den Angehörigen verstorbenen Mitglieder herrühren, sowie für Sterbtaufgebote der Mitglieder beträgt der Preis bei Vorauszahlung 2 M. Für Nachrufe, die von Postämtern ufm. aufgegeben werden, werden 30 Pf. für die vierteljährliche Normalzeile berechnet. Für Vermittlung von Offerten ist der Betrag von 50 Pf. im voraus einzulösen. — Schluß für Anzeigen-Aufnahme jeden Montag. — Schriftführer-Anschluß: Amt Königsplatz 700.

Nummer 38/39.

Berlin, Sonntag, den 27. September 1914.

XXV. Jahrg.

Befallene Post- und Telegraphenbeamte

Den Heldentod fürs Vaterland starben:

Telegraphenassistent, Einj.-Freim.-Gefreiter **Alteker** a. Frankfurt (Main);
Postassistent, Feldwebel-Leutnant **Apelt** aus Artern;
Postdirektor, Hauptmann d. R. **Amberg** aus Braudenz;
Ober-Postinspektor, Hauptmann d. R. **Bader** a. Breslau;
Postassistent, Unteroffizier d. R. **Bunge** aus Rostof;
Postinspektor, Hauptmann d. R. **Choms** a. Wandersbek;
Postreferendar, Einj.-Freim.-Unteroffizier **Christoph** aus Berlin;

Telegraphenassistent **Dollega**
Postsekretär, Leutnant d. R. **...**
Postinspektor, Hauptmann d. R. **Frand** aus Alfena (Westf.);

Ober-Postpraktikant, Oberleutnant der R. **Otto** aus Stettin;
Ober-Postpraktikant, Oberleutnant d. R. **Oberbeck** aus Trier;
Ober-Postpraktikant, Oberleutnant d. R. **Pfannenuschwarz** aus Strahburg (El.);
Postassistent, Einj.-Freim.-Unteroffizier **Prinzing** aus Frankfurt (Main);

Postinspektor, Hauptmann d. R. **Reich** aus Cöln;
Postinspektor, Hauptmann d. R. **Regin** a. Varmen;
Oberleutnant der R. **Riffel** aus Berlin (Fernsprechamt 6);
Postassistent, Offizier-Stellvertreter **Runge** a. Oldenburg;

Im Jahre 1914 gedachte die Deutsche Postzeitung den im Krieg gefallenen Post- und Telegraphenbeamten.

II. Entwicklung und Ausbau des Verbandes zwischen 1900 und 1918

Der Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg war gekennzeichnet von einem Ausbau des Verbandes, organisatorischen Abspaltungen im Bereich der mittleren Post- und Telegraphenbeamten sowie starken Aktivitäten im sozialen Bereich. Dabei stand zunächst der Kampf gegen die beruflichen und finanziellen Probleme der mittleren Laufbahn im Vordergrund. Gleichzeitig erfolgten starke Bemühungen im sozialen Bereich zum Vorteil der Mitglieder. So wurden soziale Einrichtungen ausgebaut und 1901 eine Fürsorgekasse gegründet, um den Mitgliedern in Fällen unverschuldeter Not

beistehen zu können. Darüber hinaus wurde in diesem Zeitraum eine Sterbekasse, eine Rechtsschutzkasse oder auch Feuerversicherung geschaffen. Gleichzeitig förderte der Verband die allgemeine und berufliche Bildung seiner Mitglieder.

Organisatorisch und in Bezug auf die Mitgliederstärke verlief die Entwicklung des Verbandes außerordentlich erfolgreich. So konnte die Mitgliederzahl von knapp 15.000 zu Beginn des neuen Jahrhunderts auf sage und schreibe rund 40.000 bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914

gesteigert werden. Dies war ein eindrucksvoller Beleg für den Erfolg und die Kraft der Verbandsidee. Der Verband verstand sich als Vertretung aller Gruppen des mittleren Dienstes. Im Gegensatz dazu gründeten sich vier weitere Organisationen, die die separaten Interessen bestimmter Beamtengruppen vertraten und den Postverband bekämpften.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges waren alle Vorbedingungen für die Weiterentwicklung des Verbandes mit dem Ziel der Bildung einer Einheitsorganisation als alleinige Vertretung

1890 - 2015

125 Jahre
DPV/KOM



1925 kaufte der Verband ein eigenes Haus in der Berliner Großbeerenstraße und siedelte dort die Geschäftsstelle an.

III.

Der Verband in der Weimarer Republik bis zur Zwangsauflösung 1933

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Zukunft der Beamten, ihre rechtliche Position sowie wichtige Grundsatzfragen zunächst offen. Der Verband setzte sich für eine unveränderte rechtliche Stellung der Beamten ein. An den gesetzlichen Grundlagen des Beamtenrechts änderte sich zunächst nichts. Dem Verband gelang es sogar, eine Reihe von Verbesserungen im Beamtenbereich zu erzielen. So wurde beispielsweise dem Personal eine Mitwirkung bei der Aufstellung der Dienststundenpläne zugestanden. Darüber hinaus konnten Verbesserungen beim Erholungsurlaub durchgesetzt werden.

Nach dem Kriegsende 1918 begannen bei den einzelnen Beamtenorganisationen frühzeitig Überlegungen, eine einheitliche Beamtenvertretung zu schaffen. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, dass unser Verband eine der treibenden Kräfte bei der Gründung des Deutschen Beamtenbundes am 4. Dezember 1918 war. Die führende Rolle, die er damals einnahm, schlug sich auch in der Besetzung des ersten Vorstandes des Beamtenbundes nieder. Stellvertretender Vorsitzender des Beamtenbundes wurde nämlich der zweite Vorsitzende des Verbandes Wichmann.

Dessen ungeachtet setzte sich unser Verband auch für einen engeren Zusammenschluss der Postbeamtenschaft ein. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Reichs-Post- und Telegraphenbeamten im Dezember 1918. Vorsitz und Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft lagen ebenfalls beim Verband.

Verband festigt seine Strukturen – Umbenennung in Deutscher Postverband

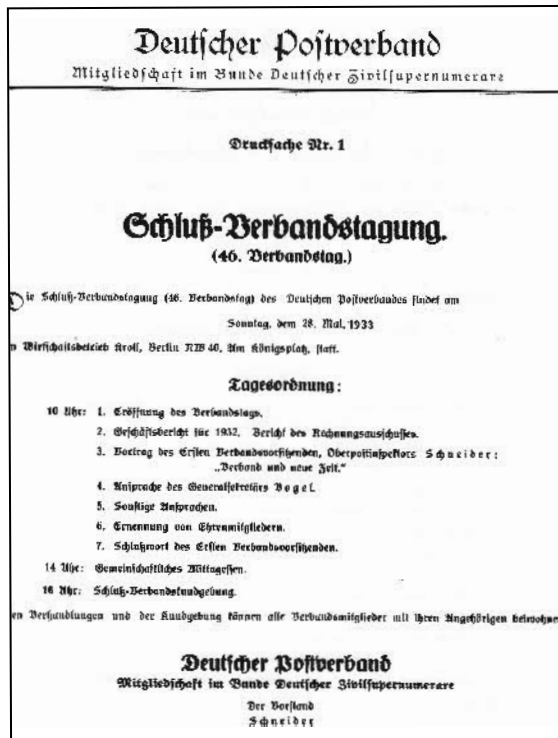
Organisatorisch konnte der Verband seine Erfolgsstory fortsetzen. Durch

Die Zwangsauflösung des Postverbandes 1933

Mit der Machtübertragung an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 veränderte sich nicht nur grundlegend die Parteienlandschaft in Deutschland. Im Zuge der sogenannten Gleichschaltung verloren alle Organisationen ihre bisherigen Strukturen und wurden in das nationalsozialistische Herrschaftssystem eingegliedert. So wurden beispielsweise alle Postbeamtenorganisationen am 26. April 1933 zu einem „Deutschen Postbund“ zwangvereinigt. In einem Schreiben vom 17. Mai 1933 an die Mitglieder teilte der Vorsitzende des Postbundes mit: „Mit der Zusammenfassung der gesamten organisierten Postbeamenschaft im Deutschen Postbunde auf der Grundlage der Einzelmitgliedschaft hören die bisherigen Fachverbände nach Abwicklung der geschäftlichen Angelegenheiten auf zu bestehen.“ Die nun geschaffene organi-

sationspolitische Lage führte unbedingbar zur organisatorischen Auflösung des Postverbandes, dessen Mitglieder bereits im Rahmen der Einzelmitgliedschaft in die Reichsfachgruppe Post des Deutschen Beamtenbundes überführt worden waren. Am 28. Mai 1933 fand in Berlin dann der 46. ordentliche Verbandstag, der gleichzeitig die Schlussverbandstagung des Deutschen Postverbandes war, statt.

Wenige Tage zuvor hatte die Deutsche Postzeitung die Mitgliedschaft über den organisatorischen Umbruch des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Postverbandes unterrichtet. Es sollten 15 Jahre vergehen, bis der Deutsche Postverband seine Erfolgsgeschichte im Sinne der Beschäftigten weiterschreiben konnte.



Die Tagesordnung der Schluss-Verbandstagung des Deutschen Postverbandes.

Im September 1948 wurde Fritz Möhle (2.v.l.) zum ersten Vorsitzenden des neu gegründeten DPV gewählt.



IV. Die Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen die Beamten zunächst unter Kollektivverdacht, den nationalsozialistischen Staat unterstützt zu haben. Versuche, Beamtenorganisationen neu zu gründen, stießen zunächst auf unüberwindlich erscheinende Widerstände seitens der Besatzungsmächte. Dessen ungeachtet gab es jedoch Kräfte, die für eine eigenständige Spitzenorganisation der Beamten Partei ergriffen – letztendlich mit Erfolg. So wurde am 29. Januar 1949 die Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund gegründet, aus der dann auf einem Vereinigungsdelegiertentag am 21. und 22. März 1950 der Deutsche Beamtenbund (Gewerkschaft der Berufsbeamten) hervorging.

Bereits einige Jahre zuvor gab es auch im Bereich der Post Bestrebungen, den erfolgreichen Deutschen Postverband neu zu gründen. In der britischen Besatzungszone wurden erste lokale Gruppen gebildet. Besonders engagiert waren hier die Kollegen Möhle und Mense, die in Minden und Bielefeld Ortsverbände des Beamtenbundes bildeten, denen auch zahlreiche Postler angehörten. Am 26. September 1948 war es dann soweit: In Bielefeld wurde der Deutsche Postverband wiedergegründet. Fritz Möhle wurde zum ersten Vorsitzenden des Postverbandes gewählt.

Zum Organisationsbereich des Deutschen Postverbandes zählten laut Sat-

zung alle Beamten, Beamtenanwärter und Ruhestandsbeamten sämtlicher Laufbahngruppen bei der Post. Zweck des Postverbandes war es, die beruflichen, geistigen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu fördern. Obwohl von konkurrierender gewerkschaftlicher Seite immer wieder versucht wurde, die Gründung eines „Deutschen Postverbandes“ als Berufsvertretung des Postpersonals zu verhindern, konnte die Forderung nach einer selbstständigen Beamtenorganisation letzten Endes doch umgesetzt werden.

Mit der Gründung des Deutschen Postverbandes nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dem Wunsch vieler

Postler entsprochen, innerhalb des DBB wieder eine selbstständige Organisation für den Postbereich zu schaffen. Der Vorstand nahm sofort Kontakt zu anderen lokalen Gruppen auf. Ziel war es, den Postverband zu einer bundesweiten Organisation auszubauen. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Am 18. und 19. November 1949 fand in Minden die erste bundesweite Delegiertenkonferenz statt.

Dort wurde von den knapp 20 Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet unter anderem festgelegt, den Vorstand nach Köln zu verlegen, um die Verbandsleitung näher an die Leitung des Deutschen Beamtenbundes heranzubringen.

Außerdem stimmten die Delegierten dafür, baldmöglichst eine eigene Verbandszeitung herauszubringen.



Gründung der Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund 1949 in Köln.

1890 - 2015

125 Jahre
DPV/KOM



Deutsche Postzeitung

Zeitschrift des Deutschen Postverbandes in der Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund

1. Jahrgang Nr. 1/2

Ausgabetag 10. März 1950

Postversandort Hamburg

DIPL.-ING. HANS SCHUBERTH
BUNDESMINISTER
FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

(16) FRANKFURT (MAIN) 2, den 22. Februar 1950
GALLUS-ANLAGE 2

Das Grundgesetz hat uns die Koalitionsfreiheit als ein ganz großes Geschenk beschert. Wir sind damit endlich herausgekommen aus Zwang und Drang eines gewalttätigen Befehlssystems. Dieses Geschenk will aber verdient sein! Einmal dadurch, daß sich die Berufsverbände nur die echte Interessenvertretung angeeignet haben lassen. Das ist eine solche, die das Wohl der Allgemeinheit nie aus dem Auge verliert. Es darf nicht der Leidenschaft einer Klasse, eines Standes geopfert werden. Dann aber dadurch, daß alle Arbeit für den einen Verband getan wird auch in der Achtung vor den Zielen der anderen. Würde und Ehre des Andersdenkenden sind unantastbar. Wir alle tragen Verantwortung einer für den anderen.

Das ist Demokratie.

Wächst der Deutsche Post-Verband und sein Organ, Die Deutsche Postzeitung, aus solchem Geist, so wird er immer auf die Anerkennung von Leitung und Personal der Deutschen Bundespost rechnen können.

Glück auf!

Zum Geleit.

Als das Jahr 1950 von den Glocken unserer Kirchen eingeläutet wurde, hat wohl jeder von uns in Gedanken auf die vergangene Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückgeblickt. Nur ernste und traurige Gedanken konnten uns hierbei beherrschen. Die Generationen, die während dieser 50 Jahre in Deutschland gelebt und gewirkt haben, sind gesplittert und gewogen worden wie kaum eine Generation je zuvor. In dem Streben, dem Ringen, in dem Glück und Unglück, in den Versuchungen und in den Drangsalen dieser Zeit ist der Mensch in der ganzen Weite und Tiefe seines Wesens sichtbar und wirksam geworden, in seiner Größe, Beständigkeit, Standhaftigkeit, Opferfähigkeit, Liebe und Treue, aber auch in seiner Schwäche, seiner Unmühsamkeit, seinem Haß und seiner Verlorenheit. Nicht einer ist unter uns, der nicht vor allem in dem letzten Jahrzehnt schwerstes persönliches Leid und unwiederbringbare materielle Verluste erlitten hat. Der Weg des deutschen Volkes durch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war ein Weg über lichte Höhen, rauhe steinige Halden und durch dunkle Tiefen wie selten hat ein Volk in einer so kurzen Spanne Zeit zurückgelegt hat. Am Ende dieses Weges steht vor uns allen die schwere, fast unlösbar scheinende Aufgabe:

Rettung und Neuaufbau unseres Vaterlandes als Einheit, in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit auf den geistigen Grundlagen christlicher abendländischer Kultur und in der politischen Ordnung einer Demokratie westlicher Entwicklung.
Das ist die große Aufgabe der Generationen, die heute in Deutschland leben und zum Wirken befähigt und berufen sind.

Die erste Ausgabe des Deutschen Postzeitung nach dem Zweiten Weltkrieg erschien im März 1950.

V.

Die 50er Jahre: Erfolgreiche Weiterentwicklung des Deutschen Postverbandes

Das Jahr 1950 begann aus verbandspolitischer Sicht mit einem freudigen Ereignis. Im März erschien die erste Ausgabe der Deutschen Postzeitung. Bei den Betriebsratswahlen im gleichen Jahr konnte der DPV einen eindrucksvollen Erfolg erzielen. So wählten den DPV mehr Kolleginnen und Kollegen, als er Mitglieder hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Auseinandersetzungen mit dem gewerkschaftlichen Gegner voll entbrannt. So wurde der DPV nicht nur in Sachfragen angegriffen, sondern seine Vertreter wurden auch persönlich verunglimpft. Dessen ungeachtet hatte der innere Auf- und Ausbau des DPV

Priorität in der Arbeit des Verbandsvorstandes. Inzwischen hatten in allen OPD-Bezirken die Bezirksverbände des DPV ihre Arbeit aufgenommen. Durch Gründung weiterer Ortsverbände und durch den Aufbau eines Vertrauensleutenetzes war der DPV bundesweit bei den Dienststellen, den Ämtern und den OPDn der Bundespost vertreten.

Am 14. und 15. April 1950 fand dann der erste bundesweite Verbandstag in Bonn statt. Dieser verabschiedete eine neue Satzung, in der unter anderem festgelegt wurde, dass der Verband seinen Sitz in Köln hat. Außerdem

wurde beschlossen, dass für die Mitglieder eine Sterbegeldversicherung eingerichtet werden sollte. Darüber hinaus wurde mit Carl Körber ein neuer Vorsitzender gewählt. Verbands- und organisationspolitisch ging es mit dem Deutschen Postverband weiter bergauf. Die Mitgliederzahlen nahmen zu und die Bezirksverbände bauten ihre Organisationsstrukturen aus.

Erster Frauentag des DPV im Jahr 1952

Am 29. und 30. November 1952 war Hamburg die Stadt, in der die erste

Frauentagung des DPV durchgeführt wurde. Rund 100 Delegierte und Gastdelegierte waren hierzu angereist. Auf der Tagesordnung standen dabei Themen wie die Gleichberechtigung der Frau oder auch Dienstpostenbewertung und Besoldung der weiblichen Bediensteten. Um der Frauenarbeit auch im Verbandsvorstand eine starke Stellung einzuräumen, wurde auf dem DPV-Verbandstag 1954 in Bonn die Kollegin Ebert zur stellvertretenden Verbandsvorsitzenden gewählt und beim Verbandsvorstand ein Frauenreferat gebildet. Eine entsprechende Satzungsänderung hatte den Zweck, einerseits die Frauenarbeit im Verbandsvorstand zu institutionalisieren. Andererseits sollte dem Verbandsvorstand in den spezifischen Frauenfragen eine kompetente und starke Stütze geschaffen werden. Wenige Jahre später wurde den DPV-Frauen Sitz und Stimme im Verbandsvorstand eingeräumt. Heute ist insbesondere die Mitarbeit der Frauenver-

tretung in der berufs- und verbandspolitischen Arbeit nicht mehr wegzudenken.

Deutscher Postverband verlagert den Sitz von Köln nach Bonn

Nach der Verabschiedung des Bundespersonalvertretungsgesetzes im Jahre 1955 wurden ein Jahr später erstmals die Personalräte für den Hauptpersonalrat, die Bezirksperso-

nalräte und die örtlichen Personalräte gewählt. Danach waren alleine in den Bezirkspersonalräten mehr als 100 Vertreter des DPV vertreten. Ein weiteres wichtiges Ereignis für den Postverband war der Bezug des neu erbauten, eigenen Verbandshauses in der Schaumburg-Lippe-Straße 5 in Bonn zur Jahreswende 1955/1956.

Gleichzeitig wurde der organisatorische Aufbau des DPV vervollstän-



1955 verlegte der Deutsche Postverband seinen Sitz nach Bonn.

dig. So war neben der Frauengruppe auch die DPV-Jugend nach dem Verbandstag 1956 aufgebaut und mit satzungrechtlichen Richtlinien ausgestattet worden. Letztgenannte firmierte zunächst unter dem Namen „Jugendgruppe des Deutschen Postverbandes“ und wurde erst später in „Deutsche Postverbands-Jugend“ umbenannt. Die innergewerkschaftliche Diskussion über die Schaffung einer eigenständigen Jugendorganisation innerhalb des DPV hatte schon nach der Wiedergründung des DPV 1948 begonnen. Dies wurde für notwendig gehalten, um der jüngeren Generation ein eigenes Betätigungsfeld für die Lösung der vielschichtigen Probleme zu geben.

Im Jahr 1957 wurde die Wirtschafts-GmbH des DPV gegründet. Die Wirtschafts-GmbH führt für die DPVKOM auch heute noch bestimmte Geschäfte durch.

Beim Verbandstag 1958 in Bonn gab es dann einen erneuten Wechsel an der Spitze des DPV. Da Kollege Körber aus Altersgründen nicht wieder kandidierte, wurde er von Hugo Alletter als Vorsitzender abgelöst.

Anerkennung als Tarifpartner

Ende der 50er Jahre stellte sich auch die Frage nach der Tarifpartnerschaft für den DPV. Der Postverband hatte sich schon seit 1954 bemüht, als Tarifpartner für das Tarifpersonal der Deutschen Bundespost anerkannt zu werden. Wurde dies zunächst unter anderem mit dem Hinweis auf den angeblich zu geringen Anteil der im DPV organisierten Tarifkräfte abgelehnt, zahlte sich der Einsatz und die Hartnäckigkeit der Verbandsspitze letztendlich aus. Nachdem ein außerordentlicher Verbandstag im Juni 1959 einer für die Anerkennung als Tarifpartner erforderlichen Satzungsänderung zugestimmt hatte, war es am

25. November 1959 soweit. Der Bundespostminister erkannte den Deutschen Postverband als Tarifpartner an und erklärte sich bereit, mit dem Verband ab sofort Tarifverträge abzuschließen. Bereits Anfang des Jahres hatten der DPV und die Christliche Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals (CGP) eine Vereinbarung über die Bildung einer Tarifgemeinschaft DPV/CGP abgeschlossen.

Etwa ein Jahr später, im Januar 1960, fand dann die konstituierende Sitzung der Tarifgemeinschaft statt, in der die Bildung der Tarifgemeinschaft zum 1. Februar 1960 beschlossen wurde. Mit der Anerkennung der Tarifgemeinschaft als vollwertiger Tarifpartner durch das Bundespostministerium im Jahre 1960 hatte der DPV nach jahrelangem, hartnäckigem Ringen die Verhandlungstarifpartnerschaft für den Abschluss von Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter der Deutschen Bundespost erreicht.



Vollbesetzte Reihen beim Gewerkschaftstag des DPV 1963 in Wiesbaden.

VI. Die 60er Jahre: DPV schließt zahlreiche Tarifverträge ab und erzielt Einkommensverbesserungen

Zu Beginn der 60er Jahre bildete die Verbesserung der Einkommensverhältnisse den Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit. Hier gelang es dem DPV, eine annähernde Angleichung der Beamtenbesoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung durchzusetzen. Darüber hinaus bestimmte der „Kampf um die Planstellen“ die Gewerkschaftspolitik des Verbandes in diesen Jahren. Die Personalverhältnisse bei der Deutschen Bundespost waren zu diesem Zeitpunkt unzumutbar. In den Betriebsdiensten herrschte Personalnot. Auch in dieser Frage konnte der DPV einen Erfolg verbuchen. So wurden in den

Haushaltsplänen der Bundespost für die Jahre 1960 bis 1963 neue Planstellen geschaffen.

Toller tarifpolitischer Erfolg

Auf dem Gebiet der Tarifarbeit erzielte der DPV in den Jahren 1963/64 einen herausragenden Erfolg. So schloss er nicht nur mehr als 30 Tarifverträge in dieser Zeit ab, sondern setzte auch den Sozialzuschlag für die Arbeiter der Deutschen Bundespost durch. Damit wurde eine Grundsatzforderung aus dem Gründungsstatut der Tarifgemeinschaft erfolgreich umgesetzt.

Im März 1965 erfolgte erneut ein Führungswechsel an der Spitze des Postverbands. Nachdem der bisherige Vorsitzende Alletter Ende 1964 seinen Rücktritt erklärt hatte, wurde auf einem außerordentlichen Verbandstag am 12. und 13. März 1965 Johannes Minde zu seinem Nachfolger gewählt. Berufspolitisch verlief das Jahr 1965 recht erfolgreich. So trat unter anderem ein Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung ebenso in Kraft wie die Änderungsverordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen oder das zweite Vermögensbildungsgesetz. Mit den gesetzlichen Neuregelungen wur-



1965 wurde Johannes Minde – hier im Gespräch mit Franz Josef Strauß, dem Bundesfinanzminister der Großen Koalition in den 60er Jahren – zum neuen Bundesvorsitzenden des Deutschen Postverbands gewählt.

den langjährige Forderungen des DPV nun endlich im Ansatz geregelt und umgesetzt. Auch im Bereich der Deutschen Bundespost wurden Forderungen des DPV zur Entschärfung der Stellenplansituation erfüllt. Die berufs- und verbandspolitischen Bemühungen des DPV trugen Früchte.

DPV wird Gründungsmitglied von EUROFEDOP

1966 wurde in Wien eine europäische Föderation der Öffentlich Bediensteten (EUROFEDOP) gegründet. Der Postverband erkannte schon früh, dass Post- und Telekommunikationspolitik

nicht nur eine nationale Angelegenheit ist, und wurde folgerichtig Gründungsmitglied dieser europäischen Vereinigung.

Auf dem Verbandstag des DPV 1968 in Göttingen wurden zwei Satzungsänderungen beschlossen, die die verbandspolitische Konzeption des Verbandes untermauerten. So wurde der Name des DPV in „Deutscher Postverband im Deutschen Beamtenbund – Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals“ geändert und auf den Zusatz e.V. verzichtet. Zum anderen wurde die Dauer der Amtszeitperiode für die Vorstände von drei auf vier Jahre verlängert. Kollege Minde wurde im Amt des Vorsitzenden bestätigt.

In den folgenden Jahren setzte sich der DPV insbesondere im Bereich der Besoldung und des Beamtenrechts erfolgreich für zahlreiche Verbesserungen ein. So wurde nicht nur die

jährliche Sonderzuwendung kontinuierlich erhöht, sondern auf Betreiben des Deutschen Beamtenbunds und des

DPV erstmals auch die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen eingeführt. Darüber hinaus

konnten Arbeitszeitverkürzungen für die Bundesbeamten durchgesetzt werden.



In regelmäßigen Gesprächen mit den jeweiligen Bundespostministern vertrat der Vorstand des Postverbands die Interessen der Beamten, so auch hier in einem Meinungsaustausch mit Dr. Werner Dollinger (3.v.r.).



Beim Verbandstag 1972 in Saarbrücken zählte auch Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher zu den Ehrengästen.

VII. Die 70er Jahre: DPV begleitet strukturellen Wandel bei der Deutschen Bundespost

Im Mai 1972 fand der 12. Verbandstag des DPV in Saarbrücken zu einer Zeit des strukturellen Wandels in vielen Dienstzweigen der Deutschen Bundespost statt. Die Berufsbilder der Beamten, Angestellten und Arbeiter veränderten sich stetig, Rationalisierung und Automation standen auf der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund beschlossen die Delegierten des Verbandstages nicht nur rund 400 Anträge, sondern auch ein Aktionsprogramm mit dem Titel „Recht und Freiheit sind unsere Maßstäbe“. Darin sprach sich der DPV unter anderem gegen eine Privatisierung oder Loslösung einzelner Dienstzweige aus dem

Verbundbetrieb Deutsche Bundespost aus und forderte die Stärkung der Mitbestimmung der Personalräte in personellen und sozialen Angelegenheiten.

Postverband lehnt Privatisierung öffentlicher Aufgaben strikt ab

Bis Mitte der 70er Jahre legte der Postverband sein Hauptaugenmerk auf die Erarbeitung von Grundlagen, die ihn zur Mitarbeit an den Reformen, wie zum Beispiel des öffentlichen Dienstrechts, im Sinne der Beschäftigten befähigten. Seine Stimme erhob er insbesondere auch in der zunehmenden öffentlichen Diskussion

über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, von der auch die Postdienste betroffen sein sollten. In dieser Frage bezog der Postverband klar Stellung: Seiner Auffassung nach hatte die Bundespost eine gemeinwirtschaftliche Verpflichtung, die sich auch aus dem Grundgesetz ergab. Eine Privatisierung lehnte er ab.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Jahre 1973 führte dann dazu, dass insbesondere im öffentlichen Dienst Sparmaßnahmen umgesetzt werden sollten. Es drohten gravierende Einschränkungen bei den Besitzständen der Beschäftigten des

öffentlichen Dienstes. Dessen ungeachtet bemühte sich der DPV bei den Besoldungserhöhungen zu Beginn und Mitte der 70er Jahre mit Erfolg darum, Unebenheiten im Besoldungsrecht zu beseitigen und durch strukturelle Maßnahmen teilweise einen Ausgleich der Inflation zu erreichen. Dabei ging es dem DPV vorrangig auch darum, durch inflationäre Entwicklungen und von der Verteuerung der Lebensstandards betroffene Familien mit Kindern besserzustellen.

Die Erfolge des DPV in der Tarifarbeit der ersten Hälfte des Jahrzehnts konnten sich ebenfalls sehen lassen. So setzte die Tarifgemeinschaft Einkommenserhöhungen durch, die die Steigerung der Lebenshaltungskosten etwas abmilderten. Hierzu musste sie jedoch auch Mittel des Arbeitskampfes anwenden, zum Beispiel in der Tarifrunde 1974, als sich 82 Prozent der in der Tarifgemeinschaft organisierten Arbeitnehmer für einen



Der DPV-Bundesvorsitzende Johannes Minde (Bildmitte) bei der Anhörung im Deutschen Bundestag zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes im Jahr 1973.

Streik ausgesprochen hatten. Außerdem gelang es dem DPV gemeinsam mit dem Beamtenbund, die Arbeitszeit für die Tarifbeschäftigten und für die Beamten von 42 auf 40 Wochenstunden zu verringern.

Auf Betreiben des Postverbandes wurden in diesem Zeitraum nicht zuletzt

auch Rationalisierungsschutzbestimmungen für Beamte und Tarifkräfte vereinbart. Die erforderliche Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes wurde durch den DPV ebenfalls konstruktiv begleitet. Zahlreiche Forderungen des DPV, wie zum Beispiel hinsichtlich der Erweiterung der Beteiligungsrechte der Perso-

nalräte, konnten in das Gesetz eingebracht und verwirklicht werden. Es war ein Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit des DPV, der nach jahrelangen Debatten, zahlreichen Gesprächen mit Fraktionen und Politikern und nach Anhörungen im Deutschen Bundestag eine bessere Interessenvertretung der Beschäftigten bei der Deutschen Bundespost erreichen konnte. Diese erfolgreiche Arbeit schlug sich auch im Ergebnis der Personalratswahlen 1973 nieder. Sie brachten für den DPV deutliche Gewinne im Hauptpersonalrat, den Bezirks- und örtlichen Personalräten. Das gute Ergebnis konnte bei den Personalratswahlen 1976 noch einmal verbessert werden.

Zukünftig Gewerkschaftstag statt Verbandstag

Beim Verbandstag 1976 in Kiel bekräftigte der DPV die Forderung nach der laufenden Anpassung der Einkom-

men an die allgemeine Einkommensentwicklung. Ferner setzte er sich für zeit- und leistungsgerechte Zulagen ein und erneuerte seine Forderungen nach ausreichendem Erholungsurlaub und einer weiteren Humanisierung der Arbeit. Im Mittelpunkt der Beratungen standen demnach das Beamten- und Arbeitsrecht und die Forderungen zur Besoldungs- und Tarifpoli-

tik. Eine Satzungsänderung bestimmte, dass der Verbandstag zukünftig Gewerkschaftstag hieß. Darüber hinaus verabschiedeten die Delegierten neben einem neuen Grundsatzprogramm auch ein Aktionsprogramm. Beide Programme verdeutlichten den Reformkurs des Postverbandes und setzten wichtige Signale für die mittelfristigen Aktivitäten des Verbandes.



Der Vorstand des DPV im Jahr 1976.



1982 beteiligte sich der Deutsche Postverband an einer Großdemonstration des Deutschen Beamtenbundes gegen die verfehlte Besoldungspolitik in Bonn.

VIII.

Die 80er Jahre: Kampf gegen die Privatisierung

Beim 14. Gewerkschaftstag des DPV 1980 in Dortmund stand die Beratung über rund 600 Anträge und ein Aktionsprogramm auf der Tagesordnung. Dabei formulierte der DPV-Vorsitzende Johannes Minde die Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit. Dazu zählten unter anderem die Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund, den politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen, aber auch der Kampf gegen Privatisierungstendenzen. In Dortmund wurde dann ein weiteres Aktionsprogramm beschlossen. Hierin fordert der DPV, dass die Aufgaben bei der Deutschen Bundespost dem hoheitlichen Bereich zugeordnet bleiben müssten.

Mit dem Regierungswechsel 1982/1983 lebte die Diskussion über die Privatisierung der Deutschen Bundes-



Johannes Minde gratuliert Heinrich Höffgen, seinem Nachfolger im Amt des Bundesvorsitzenden, beim Gewerkschaftstag 1980 zur Wahl.

post erneut auf. Dabei wurde das Postmonopol von interessierten Krei-

sen als nicht mehr zeitgemäß angesehen. Beim 15. Gewerkschaftstag 1984 in Berlin bekräftigte der wiedergewählte Bundesvorsitzende Höffgen die Forderung nach einem Verbleiben der Netzträgerschaft bei der Post und sprach sich gegen eine Auflockerung des Postmonopols aus. Gleichzeitig forderte er die Beteiligung der Beschäftigten an den Rationalisierungsgewinnen bei der Post und der allgemeinen Einkommensentwicklung.

DPV lehnt Privatisierung strikt ab

Die folgenden Jahre standen dann ganz im Zeichen der Diskussion und

Auseinandersetzung über die Abschaffung des Monopols und zur Neustrukturierung der Deutschen Bundespost, zu der der DPV immer eindeutig Stellung bezogen hat. Der 16. ordentliche Gewerkschaftstag des DPV 1988 in Limburg war bereits geprägt durch die parlamentarischen Beratungen über die Postreform. Ziel des DPV war es, Fehlentwicklungen bei der Post zu verhindern. Hierfür musste nach Auffassung des DPV der Monopolbereich der Bundespost geschützt



Beim Gewerkschaftstag 1988 in Limburg gab es erneut einen Wechsel an der Spitze des Postverbandes. Heinz Berlage löste Heinrich Höffgen als Bundesvorsitzenden ab.

und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Eine Privatisierung der Bundespost lehnte der DPV jedenfalls strikt ab. Die Deutsche Bundespost müsse vielmehr als Verwaltung in organisatorischer, finanzieller und personeller Einheit für das Post-, Postbank- und Fernmeldewesen bestehen bleiben. Unterstützung bei ihrer Forderung nach einer einheitlichen Bundespost erhielt der DPV auch von EUROFEDOP. Auch der Beamtenbund stellte sich an die Seite des DPV. Gemeinsames Ziel war es, die Post als leistungsstarke, wirtschaftlich gesicherte und dem Gemeinwohl verpflichtete öffentliche Einrichtung zu erhalten und fortzuentwickeln.

Zentrale Bedeutung hatte auch die beim Gewerkschaftstag beschlossene Entschließung des DPV zur Postreform. In dem 10-Punkte-Programm kritisierte der Postverband die der Zerschlagung der Post zugrunde liegende Gesetzesvorlage auf das

Schärfste. Gleichzeitig stellte er zahlreiche Forderungen und unterbreitete Vorschläge, wie die Deutsche Bundespost zukunftsfähig gemacht werden könne. Durch Stellungnahmen, Anhörungen und zahlreiche Aktivitäten nahm der Postverband Einfluss auf die Gesetzesvorlage und konnte somit wichtige Änderungen der Gesetzesvorlage im Sinne der Beschäftigten durchsetzen. Trotz aller Bemühungen konnte er jedoch nicht verhindern, dass die Postreform I letzten Endes vom Parlament beschlossen wurde.

Ein Jahr später, am 1. Juli 1989, trat dann das „Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost“ in Kraft. Die Einheit der Bundespost war damit zerschlagen. Außerdem wurde das bisherige Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost erheblich eingeschränkt. Der DPV musste nun die Interessenvertretung der Beschäftigten



Heinz Berlage im Gespräch mit dem damaligen Postminister Christian Schwarz-Schilling.

unter völlig geänderten Vorzeichen wahrnehmen. Sein erstes Ziel lautete, eine möglichst nahtlose Überleitung der dienst- und tarifrechtlichen Regelungen sicherzustellen, damit eine Schlechterstellung bestimmter Beschäftigter oder Gruppen ausgeschlossen wird. Aus Sicht des Postverbandes waren mit der sogenannten Postreform I zahlreiche Nachteile verbunden. Er befürchtete unter anderem zurecht, dass sie den Rückzug der Post aus der Fläche beschleunige und den Beschäftigten einen noch stärkeren Rationalisierungsdruck aussetze. Diese Befürchtungen haben sich im Nachhinein als richtig erwiesen.

Mit harten Bandagen musste der Postverband auch im Bereich des Besoldungsrechts und der Besoldungspolitik kämpfen. Angesichts der immer größer werdenden Defizite der öffentlichen Haushalte zu Beginn der 80er Jahre war die immer wieder vom DPV geforderte Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung kaum zu ermöglichen. Trotz der rigiden Sparpläne der Bundesregierung zu Beginn der 80er Jahre gelang es dem DPV, das Inkrafttreten wesentlicher Bestandteile des Horrorkatalogs, der insbesondere die Beamten des mittleren und einfachen Dienstes getroffen hät-

te, zu verhindern. Zu diesem Zeitpunkt mobilisierte der DPV alle erdenklichen Kräfte, um die Sonderopfer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verhindern – mit Erfolg. Durch das Wirken des DPV und des Beamtenbundes wurde ein großer Teil der Sparmaßnahmen nicht realisiert.

Für die Tarifräfte konnte der DPV zahlreiche Tarifverträge abschließen. Dabei wurden auch immer wieder soziale Komponenten für die unteren und mittleren Einkommensgruppen vereinbart. Auch die Themen Vorruhestandsregelung oder Arbeitszeitverkürzung standen auf der tarifpolitischen Agenda des Postverbandes in dieser Zeit. Um den Nachdruck der Tarifforderungen zu untermauern, führte der Postverband in der Tarifrunde 1988 mehrere Warnstreiks durch.



Eine neue Ära bricht an: Aus dem Deutschen Postverband wird die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM).

IX. Die 90er Jahre: Aus DPV wird DPVKOM

Am 1. Januar 1990 begannen die drei eigenständigen Unternehmen Postdienst, Telekom und Postbank ihre Arbeit. Die Neustrukturierung brachte erhebliche Veränderungen mit sich. Die Folgen dieser politischen Entscheidung hatten in erster Linie die Beschäftigten und die Bürger zu tragen, indem Arbeitsplätze verloren gingen und die Kosten für Postdienstleistungen auf die Bürger verlagert wurden. Auch zu diesem Zeitpunkt bezog der Postverband klar Stellung: Er lehnte die zunehmend lauter werdenden Forderungen nach einer vollständigen Privatisierung der Postunternehmen und deren Umwandlung in Aktiengesellschaften rigoros ab.

Doch nicht nur die Umstrukturierung der Deutschen Bundespost, auch der Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung hatten weitreichende Auswirkungen auf die Arbeit des Postverbandes. Besonders erfreulich war, dass der Deutsche Postverband im 100. Jahr seines Bestehens im September 1990 endlich wiedervereinigt werden konnte. Zuvor war im Mai

1990 eine unabhängige Gewerkschaft Postverband der DDR gegründet worden. Die Aufbauarbeit, die in diesen Jahren geleistet wurde, war immens.

Außerdem mussten unterschiedliche Tarif- und Entlohnungsstrukturen vereinheitlicht werden. Im Laufe der Zeit wurden zahlreiche Tarifverträge, die westlichen Tarifstandard festschrie-



Vorstand des Postverbandes der DDR im Jahr 1990.

ben, für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern und dem Ostteil von Berlin abgeschlossen. Übertragen wurde auch der Rationalisierungsschutztarifvertrag. Gleichzeitig setzte sich der Postverband dafür ein, dass Arbeitskräfte der Deutschen Post als Beamte übernommen wurden.

Die Tarifarbeit des DPV wurde durch die Umstrukturierung der Deutschen Bundespost wesentlich komplizierter und arbeitsintensiver. Dabei hatten sich die Aktivitäten auf dem Gebiet der Tarifpolitik in den Jahren zuvor

bewährt. Seit der Gründung der Tarifgemeinschaft im Jahre 1960 konnte der DPV mehr als 400 Tarifverträge mit den Unternehmen der Deutschen Bundespost erfolgreich abschließen. Es wurden zahlreiche Verbesserungen für die Beschäftigten erzielt. Die Entschlossenheit des DPV, Verbesserungen auch für die Beschäftigten im Osten zu erzielen, zeigte unter anderem ein Streik im Jahre 1991 zur Durchsetzung einer Teuerungszulage für das Beitrittsgebiet. Dem Postverband gelang es jedenfalls, in relativ kurzer Zeit fast das komplette Tarif-

system der Postbeschäftigten im Westen auf die Postler im Osten zu übertragen.

Wechsel an der Spitze des DPV

Beim 17. Gewerkschaftstag des DPV im Jahre 1992 in Aachen, dem ersten gesamtdeutschen Gewerkschaftstag, wurde Willi Russ zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löste Heinz Berlage ab.

Die Folgejahre waren dann für die Beschäftigten der Postnachfolgeunternehmen mit dramatischen Änderungsprozessen verbunden. 1995 begann durch die Umwandlung der Deutschen Bundespost in drei eigenständige Aktiengesellschaften ein neues postalisches Zeitalter. Da diese Postreform II nicht verhindert werden konnte, setzte sich der DPV für akzeptable berufliche Chancen der Beschäftigten in den Aktiengesellschaften ein. Dem Postverband gelang es, im Gesetzge-



Um Verbesserungen für seine Mitglieder zu erzielen, scheute der DPV auch vor Arbeitskampfmaßnahmen nicht zurück.



1992 gab es einen erneuten Wechsel an der Spitze der Gewerkschaft. Willi Russ löste Heinz Berlage ab.

bungsverfahren des Jahres 1994 zahlreiche Verbesserungen durchzusetzen. So wurde im Gesetz beispielsweise aufgenommen, dass der soziale Besitzstand der Beschäftigten erhalten bleiben sollte.

Auch in den 90er Jahren musste sich der DPV mit weitreichenden Änderungen im Bereich des Beamten-

rechtes auseinandersetzen. Dazu zählten beispielsweise diverse Neuregelungen im Bereich des Dienstrechts, des Laufbahnrechts, des Reise- und Umzugskostenrechts oder auch des Urlaubsrechts. Darüber hinaus wurden auch im Bereich des Versorgungsrechts mehrere neue Gesetze erlassen, die sich natürlich auch auf die Mitgliedschaft des DPV auswirkten und

bei denen der Postverband im Gesetzgebungsverfahren Einfluss nehmen konnte. Dabei gelang es ihm immer wieder, Verbesserungen für die von ihm organisierten Beamten durchzusetzen. Postverband und Beamtenbund legten auch in dieser Zeit großen Wert darauf, dass die verfassungsgemäßen Grundlagen des Beamtenrechts beachtet wurden.

Tarifpolitik wird erschwert

Durch die unterschiedliche Interessenslage der drei Postnachfolgeunternehmen wurde es immer schwieriger, einheitliche Tarifverträge abzuschließen. Mit der Deutschen Telekom AG verhandelte die Tarifgemeinschaft in der Lohn- und Vergütungsrunde 1996 erstmals unabhängig vom öffentlichen Dienst und den beiden anderen Aktiengesellschaften. Trotz dieser geänderten Voraussetzungen konnte der DPV tarifpolitische Erfolge für die Mitglieder erzielen. So gelang es bei-

spielsweise, bei allen drei Postnachfolgeunternehmen eine betriebliche Altersversorgung für die Mitglieder im Tarifgebiet Ost zu erreichen.

Zahlreiche Umstrukturierungen bei Post, Postbank und Telekom

Zahlreiche neue Betriebskonzepte bei den Unternehmen der ehemaligen Deutschen Bundespost führten nicht nur zu Personaleinsparungen und einer erheblichen Verunsicherung der Beschäftigten, sondern erschwerten auch die Arbeit des Postverbandes.

Bei der Post waren die neuen Strukturen in den Bereichen der Fracht, der Briefpost oder auch bei den Postfilialen mit Kostensenkungen und damit häufig mit einem Personalminderbedarf verbunden. Bei der Telekom wurde der Vertrieb neu organisiert und der Kundendienstbereich umstrukturiert. Die Privatkunden- und Geschäftskundenbereiche wurden



Im Jahr 1996 konnte der damalige Bundesjugendleiter und heutige DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer auf das 40-jährige Bestehen der Postverbandsjugend zurückblicken.

strikt getrennt, regionale Niederlassungen wurden gebildet. Erschwerend kam hinzu, dass 1998 sowohl das Sprachdienstmonopol als auch das Netzmonopol wegfielen. Auch bei der Postbank standen Personalkosteneinsparungen auf der Tagesordnung.

Der DPV beziehungsweise ab 1997 die DPVKOM kämpfte dabei vehement für die Interessen der Beschäftigten. So konnten beispielsweise 1998 für den Erhalt der Postfilialen mehr als 20.000 Unterschriften gesammelt werden. Bei der Telekom erreichte der Postverband, dass die Beschäftigten in den neuen Gesellschaften keine Verschlechterungen ihrer beruflichen und finanziellen Erwartungen erleiden mussten. Bei der Postbank setzte sich der DPV dafür ein, dass das Unternehmen das volle Spektrum an Bankdienstleistungen abdeckt, um wettbewerbsfähig zu sein und damit Arbeitsplätze sichern zu können.

Umbenennung in DPVKOM

Auf dem 18. Gewerkschaftstag des DPV in Aschaffenburg im Jahre 1997, bei dem Willi Russ im Amt des Bundesvorsitzenden bestätigt wurde, stimmten die Delegierten für die Um-

benennung des Deutschen Postverbandes in Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM). Hintergrund dieser Umbenennung waren die weitreichenden Veränderungen im Bereich der ehemaligen Deutschen Bundespost. Durch die Namensänderung hat sich die DPVKOM als die Fachgewerkschaft für die gesamte Post- und Telekommunikationsbranche etabliert. Aus dem DPV war nun die DPVKOM und damit die einzige Kommunikationsgewerkschaft Deutschlands geworden. Diese Namensänderung führte auch dazu, dass sich die 1956 gegründete DPV-Jugend 1997 in Junge Gewerkschafter in der DPVKOM umbenannte.

Intensiviert wurde in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts auch die Seniorenarbeit im DPV. Nachdem vom Bundeshauptvorstand eine entsprechende Richtlinie verabschiedet wurde, wurde 1997 die Seniorengruppe in der DPVKOM satzungsgemäß fest verankert. Organisatorisch wurde ein geschäftsführender Bundesvorstand gebildet. Sinn der Gründung einer Seniorengruppe war es, die aus dem aktiven Berufsleben ausscheidenden Mitglieder aufzufangen und weiterhin zu betreuen.

Konzentrationsprozesse bei den gewerkschaftlichen Mitbewerbern und die Notwendigkeit, zukunftssträngige

Tätigkeitsfelder zu erschließen, führten dann 1998 zu dem Entschluss, eine Kooperation mit der ebenfalls im Beamtenbund organisierten Vereinigung der Rundfunk-, Film- und Fernsehschaffenden (VRFF) einzugehen. In den Jahren nach 1998 wurden in diesem Zusammenhang auch zahlreiche Aktivitäten gestartet. Dazu zählte unter anderem die Herausgabe einer gemeinsamen Mitgliederzeitung. Zu einer Fusion ist es jedoch nicht gekommen.



DPVKOM
WEHRE DICH! MIT UNS!
9,80 € brutto die Stunde Postmindestlohn sind zuviel!
In welcher Welt lebt ihr eigentlich?

DPVKOM
WEHRE DICH! MIT UNS!
Postmindestlohn –
für ein menschenwürdiges Leben!

DPVKOM
WEHRE DICH! MIT UNS!
Wert der Arbeit!
Du bekommst, was Du gibst,
aber nur mit dem Postmindestlohn!

DPVKOM
WEHRE DICH! MIT UNS!
Geschäftsmodell Hungerlöhne!
Schämt Euch
Postmindestlohn –
zu wenig!

DPVKOM
Die KleinrentnerInnenbewegung
WEHRE DICH! MIT UNS!
Ein Stück vom Postmindestlohnkuchen –
das sollte sich jeder abschneiden!
DPVKOM
Die KleinrentnerInnenbewegung
WEHRE DICH! MIT UNS!
Ein Stück vom Postmindestlohnkuchen –
das schmeckt jedem!

Im Jahr 2010 führte die DPVKOM in Berlin eine Unterschriftenaktion zur Verlängerung des Postmindestlohns durch.

X.

Die Jahre 2000 bis 2015: DPVKOM setzt sich für Mindestlöhne und mehr Wertschätzung ein

Der Beginn des 21. Jahrhunderts war erneut geprägt durch zahlreiche Umstrukturierungen in den Postnachfolgeunternehmen. Diese gingen mit Auslagerungen und Verkäufen von Unternehmenseinheiten sowie einem immensen Personalabbau bei Post, Postbank und Telekom einher. Trotz dieses schwierigen berufspolitischen Umfelds ist es der DPVKOM bis heute gelungen, die Interessen der Mitglieder kompetent, zielführend und erfolgreich zu vertreten.

So konnte die DPVKOM beispielsweise mit der Deutschen Telekom AG ein neues Bewertungs- und Bezahl-

ungssystem vereinbaren, das zum 1. Juli 2001 in Kraft trat. Dieses hatte positive Auswirkungen auf die Be-

schäftigten in den neuen Bundesländern, da nur noch ein Tarifgebiet existierte.



Beim 20. Gewerkschaftstag der DPVKOM 2007 in Bonn wurde Volker Geyer (l.) zum neuen Bundesvorsitzenden der DPVKOM und damit zum Nachfolger von Willi Russ gewählt.



2007 streikten DPVKOMler bei der Telekom gegen die Ausgliederung in Servicegesellschaften.

Darüber hinaus hat die DPVKOM in all den Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie auch nicht vor Arbeitskampfmaßnahmen zurückschreckt. Dies zeigten nicht nur zahlreiche Arbeitsniederlegungen bei den Telekom-Tarifrunden, sondern auch ein monatelanger Arbeitskampf im Jahre 2007 gegen die Überleitung von 50.000 Telekom-Beschäftigten in drei Servicegesellschaften. Dieser Streik zeigte Wirkung. Die DPVKOM konnte in dieser Frage einen für die Beschäftigten akzeptablen Kompromiss erzielen. So wurde beispielsweise das Entgeltniveau über Ausgleichszahlungen abgesichert und es wurden Ratienschutzbestimmungen angewendet.

Auch bei den zahlreichen anderen Umstrukturierungen bei der Deutschen Telekom setzte sich die DPVKOM immer wieder für die Interessen der Beschäftigten ein. In zahlreichen Tarifrunden gelang es der DPVKOM, Einkommenssteigerungen für die Beschäftigten zu vereinbaren und auch einen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen zu tarifieren.

Einführung des Postmindestlohns ist auch der DPVKOM zu verdanken

Im Bereich der Deutschen Post AG machte sich die DPVKOM zu Beginn des neuen Jahrtausends dafür stark, dass trotz des zunehmenden Wettbe-

werbs und der Liberalisierung des Postmarktes die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gesichert und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dazu diente beispielsweise ein neues Entgeltsystem für Arbeiter, das eine umfangreiche Besitz- und Rechtsstandswahrung beinhaltete. 2008 wurde der Postmarkt in Deutschland vollständig geöffnet. Vor diesem Hintergrund setzte sich die DPVKOM schon seit



Unermüdlichen Einsatz zeigte die DPVKOM in Bezug auf die Einführung und die Verlängerung des Postmindestlohns, wie zum Beispiel in 2007 als sogenannte Postmindestlohtüten an die Beschäftigten verteilt wurden.



An der „Postpolitischen Konferenz“ der DPVKOM im Jahr 2000 nahmen mehr als 300 Teilnehmer aus dem In- und Ausland teil, unter ihnen auch einige Politiker.

2005 für einen Mindestlohn in der Postbranche ein – mit Erfolg. Nachdem sie einen Mindestlohntarifvertrag mit dem für die Deutsche Post verhandelnden Arbeitgeberverband Postdienste abgeschlossen hatte, wurde dieser Ende 2007 für allgemeinverbindlich erklärt. Damit hatte die DPVKOM dafür gesorgt, dass Briefzusteller im Westen 9,80 Euro und im Osten 9 Euro erhalten. Auch nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Jahre 2010, mit dem die

dem Postmindestlohn zugrundeliegende Rechtsverordnung für rechtswidrig erklärt wurde, kämpfte die DPVKOM für den Postmindestlohn. So startete sie eine Unterschriftenaktion zur Verlängerung des Postmindestlohns und konnte in wenigen Monaten rund 20.000 Unterschriften von Bürgern und Beschäftigten sammeln. Trotz des Engagements unserer DPVKOM kam es jedoch nicht zu einer Wiedereinführung des Mindestlohns in der Postbranche.

Natürlich beschäftigte sich die DPVKOM auch intensiv mit dem Börsengang der Deutschen Post. Im Jahr 2000 führte sie eine „Postpolitische Konferenz“ mit mehr als 300 Teilnehmern aus dem In- und Ausland in Bonn durch. Einen Börsengang des Unternehmens lehnte die DPVKOM nicht grundsätzlich ab, schließlich war sie der Auffassung, dass nur ein gesundes Unternehmen, den Mitarbeitern eine sichere Zukunft bieten kann.

Rund 400 Menschen kamen zu einer Protestkundgebung der DPVKOM gegen die Überlastung in der Zustellung und für einen Bemessungstarifvertrag im April 2014 nach Bonn. Dabei ging der Abschlusskundgebung vor dem Bonner Posttower ein mehrere Kilometer langer „gelber“ Protestmarsch durch Bonn voraus. Dass die DPVKOM immer wieder in der Lage ist, ihren Protest gegen bestimmte Entwicklungen in den Unternehmen und in der Arbeitswelt im wahrsten

Sinne des Wortes „auf die Straße zu bringen“, zeigte auch ein Demonstrationzug vor die FDP-Parteizentrale im Jahr 2013 in Berlin. Dort wurde der Partei die Rote Karte dafür gezeigt, dass sich die FDP gegen Mindestlöhne sperrt und den Wettbewerb in der Post- und Telekommunikationsbranche dem freien Spiel der Kräfte überlassen will.

Postbank als eigenständige Bank erhalten!

Bei der Postbank AG gab es in den zurückliegenden Jahren ebenfalls wichtige Entscheidungen, die die Ar-

beit der DPVKOM nachhaltig beeinflussten. In diesem Zusammenhang sind unter anderem der Börsengang des Unternehmens im Jahre 2004 oder auch die Übernahme durch die Deutsche Bank im Jahr 2010 zu nennen. Bei allen Umstrukturierungen und beim Eigentümerwechsel wies die DPVKOM immer wieder darauf hin, dass die Postbank als eigenständige Bank erhalten bleiben müsse. Dessen ungeachtet konnte die DPVKOM auch bei der Postbank Erfolge im Sinne der Beschäftigten erzielen. So vereinbarte sie für die tarifgebundenen beschäftigten Arbeitnehmer ein neues Entgeltsystem, das 2004 in



Im Jahre 2002 entwickelte die DPVKOM ein neues innovatives Lohnmodell.

Kraft trat. Dieses beinhaltete neben einem Grundentgelt auch ein variables Entgelt, das sich aus einem Leistungsbonus und einem Unternehmenserfolgsbonus zusammensetzt. Dieses Entgeltsystem stellte den Einstieg der Postbank in das innovative Lohnmodell der DPVKOM dar, das wir 2002 entwickelt hatten. Das Lohnmodell sah eine Beteiligung der Beschäftigten an den wirtschaftlichen Erfolgen der Unternehmen vor. Nach der Übernahme der Postbank durch die Deutsche Bank schaffte es die im Jahr 2008 gegründete Tarifgemeinschaft aus Deutschem Bankangestelltenverband



Die Interessen der Postbank-Mitarbeiter vertritt die Tarifgemeinschaft auch in Gesprächen mit dem Postbank-Vorstand, (v.l.) Postbank-Personalvorstand Ralf Stemmer, DBV-Vorsitzender Stephan Szukalski, DPVKOM-Bundesvorsitzender Volker Geyer und Postbank-Vorstandsvorsitzender Frank Strauß.

(DBV), komba gewerkschaft und DPVKOM, in den Tarifverhandlungen zur Integration der Postbank in den Deutsche-Bank-Konzern sozialverträgliche Regelungen für die Beschäftigten abzuschließen.

DPVKOM fordert Mindestlohn für die Call-Center-Branche

Einen zunehmend wichtigeren Stellenwert in der Arbeit der DPVKOM nahm in den zurückliegenden Jahren die Vertretung der Interessen von Call-Center-Mitarbeitern ein. Die DPVKOM hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen wichtigen Arbeitsbereich mitzugestalten. Dieses Beispiel zeigt, dass sie die Veränderungen in der Arbeitswelt offensiv aufgreift und diese im Sinne der Beschäftigten gestalten will. Bereits frühzeitig hat die DPVKOM Forderungen zur Gestaltung der Ausbildung, aber auch zu Arbeits- und Einkommensbedingungen formuliert. So setzte sich die DPVKOM 2009 für einen branchen-

spezifischen Mindestlohn von 9,50 Euro ein. Über ihre Dachorganisation, die dbb tarifunion, stellte die DPVKOM – als bislang einzige Gewerkschaft hierzulande – nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz den Antrag, einen Mindestlohn für diese Branche festzusetzen. Bei einer Unterschriftenaktion der DPVKOM im Jah-



Gute Arbeitsbedingungen fordert die DPVKOM in der Call-Center-Branche.

re 2011 unterstützten mehrere Tausend Menschen die Forderung der DPVKOM nach einem Mindestlohn. Leider wurde der damalige Antrag auf Festsetzung eines Mindestlohns vom Hauptausschuss für Mindestarbeitsentgelte abgelehnt. Allerdings hat die DPVKOM damit den Boden für den 2015 eingeführten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro bereitet.

Neue Akzente in der Tarifpolitik

Generell war die Tarifarbeit der DPVKOM dadurch geprägt, dass die Arbeits- und Einkommensbedingungen in den Postnachfolgeunternehmen an die der freien Wirtschaft angepasst werden sollten. Die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle und leistungsorientierter Bezahlungssysteme ließen die Anforderungen an die Beschäftigten und damit auch die DPVKOM deutlich steigen. Dabei ist die DPVKOM erfolgreich ihrem Anspruch gerecht geworden, soziale

Standards und erreichte Besitz- und Rechtsstände abzusichern.

Jahrzehntelang gelang dies auch mithilfe der 1960 gegründeten Tarifgemeinschaft mit der Christlichen Gewerkschaft für Postservice und Telekommunikation (CGPT). Im Juli 2008 kündigte die DPVKOM diese Tarifgemeinschaft jedoch auf, da die CGPT mit einem Konkurrenten der Deutschen Post einen Tarifvertrag abgeschlossen hatte, der einen Lohn unterhalb des zwischen CGPT/DPVKOM und dem Arbeitgeberverband Postdienste vereinbarten Mindestlohntarifvertrages vorsah. Hierin sah die DPVKOM einen eklatanten Vertrags- und Vertrauensbruch.

Erfolge in Fragen der Mitbestimmung

Die ständigen Neuorganisationen bei Telekom, Post und Postbank hatten natürlich auch Auswirkungen auf die

Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung. So musste beispielsweise die Anzahl von Freistellungen den geänderten Unternehmensstrukturen angepasst werden. Das Bestreben der DPVKOM, die betriebliche Interessenvertretung zu stärken, zeigte sich aber auch in einem anderen Zusammenhang. So hat sie sich seit jeher für einen Minderheitenschutz im Betriebsverfassungsgesetz stark gemacht und diese Forderung mit einer Unterschriftenaktion Anfang des neuen Jahrtausends bekräftigt. Im Vorfeld

der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes wollte sie mit dieser Aktion ein Zeichen für mehr Toleranz, Meinungsvielfalt und damit auch Demokratie im Betriebsrat setzen. Gleichzeitig beteiligten sich zahlreiche DPVKOM-Betriebsräte an einer Betriebsrätekonferenz der dbb-Gewerkschaften im Mai 2001. Die Mobilisierung zeigte Erfolg. Der Gesetzgeber ließ seine ursprünglichen Pläne, den Minderheitenschutz im Betriebsverfassungsgesetz einzuschränken, fallen.



Bei einer dbb-Betriebsrätekonferenz im Jahr 2001 in Berlin zeigte auch die DPVKOM Flagge.

Erfolgreicher Einsatz für Beamteninteressen

Im Jahr 2004 konnte sich die DPVKOM im Zusammenhang mit der Änderung des Postpersonalrechtsgesetzes unter anderem erfolgreich dafür einsetzen, dass Sonderzahlungen für die Beamten bei Post und Postbank nicht wegfielen, der Ratio-Schutz für Arbeitnehmer auch auf Beamte angewendet wurde und dass der Beamtenstatus bei einem Wechsel in Tochter-/Enkelunternehmen erhalten blieb. Der Einsatz der DPVKOM für die Interessen der Beamten in den Postnachfolgeunternehmen zahlte sich damals genauso aus wie bei der erneuten Novellierung des Gesetzes im Jahr 2015. Auch hier sorgte die DPVKOM zusammen mit dem Dachverband dbb und mithilfe der DPVKOM-Mitglieder im Rahmen der Kampagne „Nicht mit mir!“ dafür, dass wichtige Rechte der Beamten gewahrt wurden. So konnten wir unter anderem errei-



Bei der Anhörung des Deutschen Bundestages zur Änderung des Postpersonalrechtsgesetzes im Jahr 2004 vertraten (v.l.) Volker Geyer, Willi Russ und Robert Loosen die Positionen der DPVKOM. 2015 wurde dieses Gesetz dann erneut novelliert.

chen, dass ein unterwertiger Einsatz eines Beamten auch weiterhin nur vorübergehend möglich ist und nur innerhalb der Laufbahn des Beamten erfolgen darf.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hat die DPVKOM in den zurückliegenden Jahren ihre Positionen in Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen immer wieder deutlich machen können. So wurde beispielsweise eine Podiumsdiskussion zum Thema Postmindestlohn 2007 live im Fern-

sehsender PHOENIX übertragen. In den zurückliegenden Jahren hat die DPVKOM ihr Internetangebot sukzessive ausgebaut und modernisiert. Unter www.dpvkom.de finden nicht nur die Mitglieder der DPVKOM, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit stets aktuelle Meldungen über die Arbeit der DPVKOM. Auch das DPVKOM Magazin genügt höchsten Ansprüchen, die an ein Mitgliedermagazin gestellt werden, und wird selbst von Arbeitgeberseite immer wieder gern gelesen.

XI. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Festschrift „125 Jahre DPVKOM“ zeigt eindrucksvoll, welche wechselvolle Geschichte hinter unserer Gewerkschaft liegt. Trotz zweier Weltkriege und Wirtschaftskrisen, trotz zahlreicher Umwälzungen und Umstrukturierungen in Gesellschaft und Unternehmen und trotz zahlreicher tiefgreifender Veränderungen in der Arbeitswelt hat sich die DPVKOM eines bewahrt: die konsequente und kompetente Vertretung der Interessen unserer Mitglieder.

Dabei bestimmt seit jeher der Wille unserer Mitglieder unser gewerkschaftliches Handeln. Getragen von diesem Mitgliederwillen haben wir eine 125-jährige Erfolgsstory ge-

schrieben, die sich sehen lassen kann und auf die wir alle zusammen zu Recht stolz sein können.

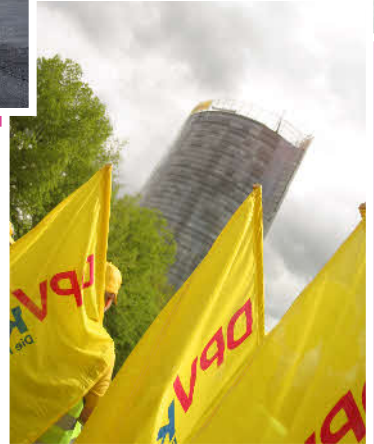
Die Vergangenheit hat aber auch gezeigt, dass der Einzelne gegen unsoziale Arbeitgebermaßnahmen kaum etwas ausrichten kann. In einer Zeit, in der Mitarbeiter in den Unternehmen oftmals nur noch als Kostenfaktor gesehen und auch entsprechend behandelt werden, sind ein Korrektiv und eine „Gegenstimme“ wichtiger denn je. Nur in der Gemeinschaft mit Gleichgesinnten kann diese Gegenmacht aufgebaut werden.

Diese Solidarität wird in der DPVKOM tagtäglich gelebt – von den

Mitgliedern und den zahlreichen ehren- und hauptamtlichen DPVKOMlern. Sie alle geben der DPVKOM ein Gesicht und treten für das ein, was unsere Gründungsväter uns vorgelebt haben.

Entscheidend für eine gute und erfolgreiche Zukunft unserer Gewerkschaft wird es nun sein, diesen Gemeinschaftssinn und dieses Zusammengehörigkeitsgefühl beizubehalten. Dazu müssen alle Mitglieder und Beschäftigten ihren Beitrag leisten. Denn eines steht fest:

DPVKOM – das sind wir!





Wir bieten Ihnen:

- ✓ kompetente Ansprechpartner in Ihrer Nähe,
 - ✓ eine qualifizierte Rechtsberatung und Rechtsschutz durch Fachanwälte,
 - ✓ aktuelle Informationen aus erster Hand, zum Beispiel durch Informationsveranstaltungen, Seminare, umfangreiche Broschüren, DPVKOM Magazin und unsere Homepage,
 - ✓ finanzielle Unterstützung bei Freizeitunfällen, Personen- und Vermögensschäden oder auch beim Verlust von Dienstschlüsseln/Code-Cards sowie Kassenfehlbeträgen,
 - ✓ Streikgeld bei Arbeitskämpfen
- ... und vieles andere mehr.

Alle diese Leistungen sind bereits in Ihrem Mitgliedsbeitrag enthalten. Dieser beträgt nur **0,8 Prozent** von Ihren monatlichen Bruttobezügen. Auszubildende zahlen monatlich sogar nur **3 Euro**.

Wir sind für Sie da:

- ✓ wenn Sie zu einem Personal- oder Krankengespräch müssen und eine Begleitung wünschen,
- ✓ wenn Ihr Arbeitsplatz wegfällt oder Sie gegen Ihren Willen versetzt werden sollen,
- ✓ wenn Sie sich durch Entscheidungen und Beurteilungen Ihres Arbeitgebers benachteiligt fühlen und
- ✓ natürlich bei allen anderen Fragen rund um Ihr Arbeits- oder Beamtenverhältnis.

DPVKOM
Die Kommunikationsgewerkschaft

Ihre kompetente Gewerkschaft bei
Post, Telekom, Postbank und
Call-Center



DPVKOM

Die Kommunikationsgewerkschaft

